

Das haben Sie in Ihrem Zitat unterschlagen, Herr Haardt.

(Beifall von der SPD)

Sie haben hier auch ein vollkommenes Zerrbild vom offenen Vollzug geliefert. Der offene Vollzug ist keine bloße Vergünstigung. Der offene Vollzug ist auch nicht nur die Maßnahme, Personal einzusparen, Herr Haardt. Der offene Vollzug ist der wesentliche Eckpfeiler im Behandlungsvollzug und bei den ganzen Resozialisierungsbemühungen, die wir hier in Nordrhein-Westfalen gemeinsam auf den Weg bringen.

Sie haben auch unterschlagen, wie es denn zu der Entscheidung kommt, ob ein Gefangener geeignet ist, im offenen Vollzug auf die Freiheit vorbereitet zu werden. Die Kolleginnen und Kollegen haben versucht, das hier noch einmal ausführlicher darzustellen. Das ist eine Risikoabschätzung. Der Minister hat es gesagt. Die Kolleginnen und Kollegen haben es sehr ausführlich gesagt. Es müssen natürlich Flucht- und sonstige Missbrauchsgefahren abgewogen werden: Besteht da eine Gefahr, oder besteht da keine?

Wenn wir schon über die Einschätzung der Gefangenen reden, dann wissen Sie, dass gerade bei Gewalt- und Sexualstraftätern, die eine Straftat von über 36 Monaten verbüßen, sogar ein mehrstufiges Prüfverfahren vorgeschrieben wurde. Erst dann wird endgültig die Entscheidung getroffen, ob ein Gefangener tatsächlich geeignet ist, im offenen Vollzug untergebracht zu werden oder nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer trifft diese Entscheidungen? Dazu haben Sie gar nichts gesagt, Herr Kollege Haardt, lieber Kollege Kamieth. Diese schwierige Entscheidung treffen die Beschäftigten im Vollzug. Das sind auch diejenigen, die jeden Tag hart mit den Gefangenen in unseren 36 Haftanstalten arbeiten. Das verdient Respekt. Sie halten nämlich die Knochen für die Sicherheit in unserem Land hin.

Was haben wir für diese Beschäftigten gemacht? Wir haben für eine bessere Bezahlung gesorgt. Wir haben über 450 neue Kolleginnen und Kollegen zur Entlastung eingestellt. Wir haben der Bitte von Gewerkschaften und Personalvertretungen entsprochen, und wir haben gemeinsam für mehr Respekt im Allgemeinen Vollzugsdienst geworben. Wir haben einen Justizminister, der den Vollzug nicht im Regen stehen lässt. Wenn schwierige Ereignisse im Vollzug entstehen, ist der Justizminister vor Ort, stellt sich gemeinsam mit den Beschäftigten und steht Rede und Antwort. Wir modernisieren die Haftanstalten. Wir haben ein modernes Strafvollzugsgesetz beschlossen.

All diese Punkte haben Sie hier in der Debatte vollkommen außer Acht gelassen. Das ist auch deutlich geworden. Frau Kollegin Hanses hat Sie eben schon

gefragt und der Minister hat es sehr deutlich angesprochen: Was ist eigentlich Ihre größte Sorge? – Wenn ich momentan die Zeitung aufschlage, ist das doch gar nicht die Frage, wie die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen ist. Die Antwort auf die Frage, was Ihre größte Sorge ist, können Sie sich wahrscheinlich geben. Dann greifen Sie zu einem Trick. Sie versuchen hier im Wahlkampf, den Ball in das gegnerische Feld zu spielen. Sie wollen dabei aber auch den Gegner faulen. Wenn man auf dem Platz steht, muss man ertragen können, dass auch einmal unfair gespielt wird. Wir sollten aber gemeinsam nicht ertragen, dass Sie versuchen, Unbeteiligte hineinzuziehen. Dass Sie versuchen, diesen Wahlkampf auf dem Rücken der Beschäftigten des Strafvollzuges zu betreiben, das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall von der SPD)

Wir werden gemeinsam an der Seite der Beschäftigten im Strafvollzug stehen. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass man mit den Beschäftigten, die diese schwierige Aufgabe in Nordrhein-Westfalen erfüllen, mit Respekt umgeht, Herr Kollege Haardt. Dazu gehört aus unserer Sicht auch weiterhin die gute Vorbereitung der Gefangenen auf die Zeit in der Freiheit. Das ist die beste Garantie für die Sicherheit in unserem Land. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Wolf. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit schließe ich die Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf:

## 2 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/13314 – Neudruck

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Hauptausschusses  
Drucksache 16/14275 – Neudruck

zweite Lesung

Und:

dritte Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion dem Kollegen Körfges das Wort.

**Hans-Willi Körfges** (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In vielen EU-Ländern dürfen Menschen, die nicht aus einem Mitgliedstaat der EU stammen, bereits seit Langem an Kommunalwahlen teilnehmen. Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, die seit drei Monaten in Deutschland leben und hier gemeldet sind, dürfen ohne Weiteres an Kommunalwahlen teilnehmen. Im Gegensatz dazu können Menschen, die nicht aus der EU stammen, seit vielen Jahren in Deutschland leben, Teil der örtlichen Gemeinschaft sind, im Ehrenamt und im Verein aktiv sind sowie am Arbeitsplatz und in der Nachbarschaft verankert sind, nicht an der Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes teilhaben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das halten wir für falsch.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

„Wer seinen Lebensmittelpunkt seit fünf Jahren rechtmäßig in Deutschland hat, der soll auch die Chance erhalten, das unmittelbare Lebensumfeld mitzugestalten.“ Ich finde, das ist ein guter Satz. Der ist nicht von mir. Man kann ihn auf [www.liberales.de](http://www.liberales.de) nachlesen. Er ist von Herrn Dürr, dem Bundesvorstandsmitglied der FDP, gesagt worden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir vertreten diese Ansicht ähnlich wie die FDP seit vielen Jahren. Es gibt Parteitagebeschlüsse bei den Liberalen dazu. Es gibt eine Initiative in Niedersachsen, der die FDP im Jahr 2015 zugestimmt hat. Vor diesem Hintergrund hatten wir natürlich die Hoffnung, dass es gelingen würde, eine rechtssichere Verankerung eines kommunalen Wahlrechts für Migrantinnen und Migranten durch eine Verfassungsänderung hier in Nordrhein-Westfalen auf den Weg zu bringen. Ich hoffe, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, dass Sie da ähnlich prinzipientreu sind wie zum Beispiel Ihre Kolleginnen und Kollegen in Niedersachsen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Es gibt auch eine mächtige Anzahl von Organisationen und Institutionen, die das seit langem gemeinsam mit Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Grünen und Piraten, über alle Parteigrenzen hinweg fordern. Ich zähle nur Pars pro Toto auf: Der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Diakonie, die Caritas, die Arbeiterwohlfahrt, 31 Resolutionen aus Kommunalparlamenten in unserem Bundesland, darüber hinaus fast einhellig, einstimmig alle Integrationsräte, die es in Nordrhein-Westfalen gibt. Sie alle sehen es genauso wie wir.

Das ist ein Thema – an diejenigen, die meinen, wir hätten das gerade erfunden, lieber Kollege Laschet –, das den Landtag in Nordrhein-Westfalen schon seit 1989 umtreibt, wie man das in „Landtag intern“ nachlesen kann.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Ich habe die schöne Formulierung gefunden – leider auch wieder von einer FDP-Vertreterin – das passe nicht in die Zeit. Lieber Herr Lindner, vielleicht sind Sie mal so freundlich und teilen uns mit, wann denn Ihre eigene Beschlusslage in die Zeit passt.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Wir wollen die Verfassung gerade deshalb ändern, um juristischen Bedenken gegen eine einfachgesetzliche Regelung entgegenzutreten. Diejenigen, die sich Nachhilfeunterricht aus Berlin bestellen, hätten mal besser aktiv an den Beratungen unserer Verfassungskommission teilgenommen, denn dort haben uns zahlreiche renommierte Sachverständige bestätigt, dass es durchaus Handlungsspielräume gibt.

(Armin Laschet [CDU]: Dann macht es doch!)

– Herr Laschet, Sie waren kein einziges Mal bei diesen Beratungen anwesend. Ich finde, dass angesichts Ihrer Zwischenrufe der alte Herbert-Wehner-Spruch „Erst Kopf, dann Kehlkopf“ durchaus angebracht ist.

(Beifall von der SPD)

Ich darf Ihnen nicht vorenthalten, dass der ekelhafte Versuch – das sage ich ganz deutlich –, das auf ein Türkenwahlrecht zu reduzieren und die Gefahr von AKP-Beteiligungen in Kommunalparlamenten an die Wand zu werfen,

(Armin Laschet [CDU]: Aber so ist es!)

nichts anderes ist, als ein demagogischer Versuch, eine vernünftige Initiative vor dem Hintergrund sinkender Wahlumfragen madig zu machen, lieber Herr Laschet.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN – Armin Laschet [CDU]: Sie haben noch nicht kapiert, was da draußen los ist!)

Im Übrigen lassen wir als NRW-Politikerinnen und -Politiker uns sicherlich nicht von Herrn Erdogan und seiner AKP vorschreiben, wann für was der richtige Zeitpunkt ist; denn wir wollen doch genau das Gegenteil.

(Zuruf von Winfried Schittges [CDU] – Armin Laschet [CDU]: Nein, wollen Sie nicht!)

– Die Art und Weise Ihrer Aufgeregtheit zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir wollen die Teilhabe von Menschen an einer lebendigen Demokratie. Wir wollen in Nordrhein-Westfalen eine Teilhabe, die gemeinsam gestaltet und nicht spaltet.

Zum Schluss meiner Ausführungen kann ich es Ihnen nicht ersparen, lieber Herr Laschet, Ihnen einen prima Kommentar von WDR 1 von gestern vorzuhalten.

(Lothar Hegemann [CDU]: WDR 1 gibt es doch gar nicht!)

– Von www1.wdr.de – Unter dem Titel „Bei der CDU liegen die Nerven blank – Türkei-Krise soll nutzen“ führt Herr Laschet als neuestes Beispiel das geplante Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Ausländer an.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Die Redezeit.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Ich komme zum Ende.

(Zuruf von Ulrich Alda [FDP])

„Die CDU hat das noch nie gewollt, schon richtig. Aber die aktuelle Krise mit der Türkei zu nutzen, um – wie Laschet es jetzt tut – das düstere Schreckgespenst von Erdogan-getreuen AKP-Aktivisten in allen Stadträten an die Wand zu malen ... mein lieber Scholli, das ist schon starker Tobak.“

(Zuruf von der CDU: Das war die Wahrheit!)

Recht hat er, der Herr Laschet – Unrecht haben Sie, Herr Laschet. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Armin Laschet.

**Armin Laschet (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben darauf hingewiesen, dass dieser Landtag seit 1989 über dieses Thema berät. Das mag so sein, aber er hat sich aus guten Gründen nie dazu entschieden, zu beschließen, was Sie jetzt erneut versuchen, weil es integrations-schädlich ist.

(Beifall von der CDU)

Ich habe diese Position seit zehn Jahren – auch als Minister – engagiert vertreten. Wir wollen mehr Einbürgerungen. Wir wollen den Menschen Partizipation auf Bundes-, Landes- und europäischer Ebene ermöglichen.

(Beifall von der CDU)

Das gehört zusammen. Als die Integrationsräte da waren, bin ich auf die Landtagswiese gegangen und habe genau ...

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Genau!)

– Da waren Sie auch. Tun Sie nicht so, als ob. Für solche Dummlichkeiten brauchen Sie nicht Herrn Laschet und den WDR zu zitieren.

(Widerspruch von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Diese Position vertreten wir seit Jahren, Herr Körfges. Es ist Prinzipientreue, sich auf die Wiese zu stellen und den Menschen zu erklären, es sei nur ein Scheinargument, sie ausschließlich bei Kommunalwahlen wählen zu lassen. Wir wollen echte Partizipation. Wer Rechte hat, hat auch Pflichten und soll deutscher Staatsbürger werden. Das ist unsere Position. Deshalb sind Sie auf dem Holzweg.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE] – Torsten Sommer [PIRATEN]: Pflichten sind doch jetzt schon da!)

Weiterhin ist Ihre Position verfassungswidrig. Schleswig-Holstein hat das schon einmal versucht, und das Bundesverfassungsgericht hat entschieden.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Ja, 1990! Das ist schon 20 Jahre her!)

Was das Bundesverfassungsgericht sagt, interessiert Sozialdemokraten und Grüne überhaupt nicht.

In was für einer Zeit leben wir? Wir erleben im Moment, wie der türkische Staatspräsident unsere Gesellschaft spalten will, wie er es schafft – das war 1989 noch nicht so –,

(Torsten Sommer [PIRATEN]: Genau deshalb müssen wir jetzt ein Zeichen dagegen setzen!)

innerhalb von Stunden beispielsweise in Köln und Leverkusen mit örtlichen Truppen, mit UETD und vielen anderen die Sartory-Säle zu mieten, einen Brautsaal zu mieten und in Gaggenau eine Veranstaltung aus dem Boden zu stampfen.

(Marc Herter [SPD]: Was ist denn das für eine Wortwahl?)

Diese Organisationen von Herrn Erdogan sind heute so gut örtlich vernetzt, dass ich Ihnen garantiere: Wenn das durchkommt, was Sie hier wollen, haben Sie demnächst in jedem Stadtrat in Nordrhein-Westfalen Herrn Erdogan sitzen. So ist die Realität. So ist es!

(Lebhafter Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege Laschet, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mostofizadeh zulassen?

**Armin Laschet (CDU):** Ja, bitte.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Herr Kollege Laschet, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Angesichts der schwierigen Zeiten – ich meine nicht den Wahlkampf, sondern die politische Auseinandersetzung, die in allen europäischen Staaten angefacht und weiter geschürt wird – möchte ich Sie fragen, ob Sie es tatsächlich für zuträglich halten,

Menschen, die zum Teil vor diesem Regime geflüchtet sind und seit langen Jahren hier leben, mit dem Generalverdacht zu belegen, dass künftig in den Stadträten Erdogan-Anhänger und AKP-Mitglieder sitzen. Ich frage Sie, ob das klare Signal, das Sie dem entgegensetzen wollen, ungefähr so aussehen wird, wie das, was Sie auf dem CDU-Bundesparteitag beschlossen haben.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, eine Frage.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Da lag ein Antrag des KV Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg vor

(Zuruf von der CDU: Frage!)

– ich muss die Frage eben formulieren dürfen –, der gefordert hat eine klare Abgrenzung zur AKP, zur UETD und anderen Organisationen, die Sie eben genannt haben. Die CDU-Kommission hat dann vorgeschlagen, dieses nicht zu tun und lediglich zu beschließen,

(Zuruf von der CDU: Frage!)

dass eine Mitgliedschaft in der CDU mit einer Mitgliedschaft in einer solchen Organisation unvereinbar ist mit den Zielen der CDU. Wie klar ist das Signal von Armin Laschet, das von dieser Debatte hier heute in dieser Frage ausgeht?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Kollege Laschet, bitte schön.

**Armin Laschet (CDU):** Ich muss sagen: Bei diesem Wortbeitrag habe ich nicht ganz genau verstanden, was Sie fragen wollen. Sie haben jetzt alles, den Bundesparteitag, den Zeitpunkt und die AKP, miteinander vermischt. Nicht richtig ist mir hier der Fragecharakter deutlich geworden.

Ich kann Ihnen aber Folgendes sagen: Viele Kurden und Aleviten, die hier leben, sind mit die Ersten, die sagen: Wir wollen Deutsche werden. Wir sind froh, dass wir in diesem Land diese Rechte genießen können. – Viele, die sich aber diesem Prozess verweigern, die ganz bewusst türkische Staatsbürger bleiben wollen, und die, die Herrn Erdogan zujubeln in Oberhausen und anderswo, sind exakt diese.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Genau alle, die sich nicht einbürgern lassen, sind Erdogan-Anhänger? Ist das die Aussage?)

Deshalb sage ich – das war ja Ihre Frage –: Das können wir gleichzeitig auch noch auf Russlanddeutsche übersetzen. Da gibt es manche Russen, die ganz bewusst russische Staatsbürger bleiben. Die Frage ist:

Wollen wir eine Gesellschaft, in der alle Bürger sind mit allen Rechten und Pflichten, oder wollen wir einer Gruppe, die eigentlich einem anderen Staatspräsidenten zujubelt, Platz in unseren Räten geben?

(Beifall von der CDU)

Da sagen wir: Nein, das wollen wir nicht. Das wollen wir nicht.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, würden Sie eine zweite Frage des Kollegen Marsching zulassen?

**Armin Laschet (CDU):** Nein, ich war noch nicht ganz fertig. Deshalb haben Sie gefragt: Ist der Zeitpunkt richtig? – Ich frage mich: Ist eigentlich Ihr Zeitpunkt richtig, nachdem die Verfassungskommission das über zwei Jahre beraten hat, in dieser Phase der deutsch-türkischen Beziehungen, in der wir diplomatisch über vieles nachdenken müssen, Herrn Erdogan zu sagen: „Hier ist die Grenze, bis hier und nicht weiter“, dass an einem solchen Tag der Landtag in Nordrhein-Westfalen allen Ernstes beschließen will, türkischen Staatsbürgern, ohne dass sie die Einbürgerung beantragt haben, hier auch noch Wahlrecht zu geben?

(Beifall von der CDU)

Was ist denn das für ein Signal an die Türkei? Sind Sie denn noch zu retten? Ich verstehe das nicht.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege Laschet, es liegt eine weitere Frage des Kollegen Marsching vor. Würden Sie die zulassen?

**Armin Laschet (CDU):** Ja.

**Michele Marsching (PIRATEN):** Das ist nett, Herr Kollege Laschet, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Dann kann ich auf die Kurzintervention verzichten.

Habe ich das jetzt gerade richtig verstanden? Vielleicht können Sie das richtigstellen. So wie Sie es gerade formuliert haben, haben Sie quasi gesagt, jeder Türke, der sich in Deutschland nicht einbürgern lassen will, tut das, weil er AKP-Anhänger ist.

(Zurufe von der CDU)

– Das hat der Kollege Laschet gerade gesagt. Stehen Sie zu dem, was Sie gerade gesagt haben, die Türken, die sich nicht einbürgern lassen, tun das aus Türkeiliebe, tun das aus Liebe zu Erdogan?

**Armin Laschet (CDU):** Nein. Schön, dass Sie es fragen. Dann kann ich es wenigstens klarstellen.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Bitte!)

Ich habe gesagt, allen denen, die Erdogan-Anhänger sind, die bestens organisiert sind – ich habe das an Beispielen aus unserem Land Nordrhein-Westfalen benannt –, die häufig eben nicht deutsche Staatsbürger sind, sondern die türkische Staatsbürgerschaft behalten haben und deshalb da auch wählen können, helfen Sie in dieser neuen Phase, in der wir nur eine 2,5%-Klausel haben, was wir früher nicht hatten, und in der sie besser organisiert sind als früher. Dieser Gruppe helfen Sie in die Stadträte. Sie polarisieren die Politik in jedem einzelnen Stadtrat in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Das war meine Antwort.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege Laschet, es gibt eine Frage ...

**Armin Laschet** (CDU): Nein, ich habe jetzt zwei Fragen beantwortet.

Wir haben das Prinzip seit Jahren durchgehalten, Sie seit 1989 Ihr Prinzip. Über die FDP haben Sie eben gesprochen. Das muss ich nicht bewerten. Wir haben schon von Beginn dieser Diskussion an das Prinzip: Rechte und Pflichten gehören zusammen. Einbürgerung ist unser Ziel. Wer nicht eingebürgert wird, kann auch nicht mitbestimmen, wer in unseren Städten den Oberbürgermeister und die Mehrheit stellt. Daran halten wir fest. Dabei bleibt es.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Laschet. – Für die Fraktion der Grünen spricht der Kollege Ünal.

**Arif Ünal** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren seit 30 Jahren über das kommunale Wahlrecht, aber so eine Diskussion habe ich noch nie erlebt, mit Unterstellungen dieses Wahlrecht für alle Migrantinnen, die 10 % der Bevölkerung ausmachen, auf die Türkei zu reduzieren. Das ist fahrlässig.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

So kann man ein so ernstes Thema nicht diskutieren.

Erstens. Wahlrecht ist ein wichtiges politisches Recht, weil es den Zugang zu politischer Partizipation für die Menschen ermöglicht.

Zu Ihrer zweiten Unterstellung, Herr Laschet, zu den Einbürgerungen: Sie tun so, als ob die Einbürgerung hier geschenkt würde und alle nicht wollen, weil sie

ihre Staatsangehörigkeit behalten wollen. Das stimmt nicht. Empirische Untersuchungen zeigen: Das größte Hindernis bei der Einbürgerung ist die Verhinderung der doppelten Staatsangehörigkeit.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

Sehr viele Menschen haben zum Teil persönliche und zum Teil eventuell auch politische Gründe, warum sie die deutsche Staatsangehörigkeit nicht annehmen. Aber alle AKP-Wählerinnen und -Wähler auszuschließen, die bewusst nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben, ist nicht richtig. Sie kennen die UETD. Die UETD ist die Kaderorganisation der AKP in der Bundesrepublik. Fast 80 % von ihnen haben eine deutsche Staatsangehörigkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das Wahlverhalten der Menschen hat mit der Staatsangehörigkeit überhaupt nichts zu tun.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Bringen Sie bitte diese Sachen nicht durcheinander, sonst haben wir keine sachliche Diskussion.

Wir müssen diesen Antrag einbringen, weil die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion seit Jahren, auch als es die AKP hier nicht einmal gab, dieses Wahlrecht ideologisch verhindert haben.

Jetzt versuchen Sie natürlich, mit tagespolitischen Ereignissen zwanghaft irgendeinen Grund zu erzeugen, warum Sie das kommunale Wahlrecht ablehnen müssen. Es ist unfair, es ist unlauter, mit diesem Thema so umzugehen.

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mit ein paar Zahlen empirisch belegen, warum die Einführung des kommunalen Wahlrechts richtig ist, damit man die Diskussion ein bisschen versachlichen kann.

Die Einführung des Wahlrechts für dauerhaft hier lebende Migrantinnen und Migranten ist ein sichtbares Bekenntnis zur Einbeziehung der Gleichbehandlung von Menschen mit Migrationshintergrund, die seit Jahren hier leben, arbeiten und Steuern zahlen.

Die Einführung des Wahlrechts fördert die politische Partizipation. Erfahrungen und Ergebnisse aller empirischen Untersuchungen zeigen in Europa: Die Beteiligung an kommunalem Wahlrecht sollte man nicht beschränken, weil sie weitere politische Aktivitäten entwickelt, in politischen Parteien, in Gewerkschaften Mitglied zu werden. So gesehen ist diese Unterstellung nicht richtig, dass man da nur die Konservativen oder AKP-Anhänger hat.

Damals, 1986, hat in der Geschichte der EU der marokkanische König versucht, Einfluss auf Wahlen in den Niederlanden zu nehmen. Das ist gescheitert.

Seitdem haben wir in Europa keine Einmischung von anderen Staaten in Kommunalwahlen gesehen. Diese Unterstellung verbietet sich, weil die Migranten keine homogene Masse sind. Sie sind sehr heterogen.

(Armin Laschet [CDU]: Das ist logisch!)

Herr Laschet, schauen Sie sich einmal die Wahlergebnisse der letzten Wahlen in der Türkei an. Wir haben 3 Millionen Menschen aus der Türkei. Davon haben ungefähr eineinhalb Millionen das Wahlrecht. Die Wahlbeteiligung war ungefähr 40 %, und die AKP hatte 243.000 Stimmen bekommen.

Das heißt, wenn man umrechnet: Eine kleine Prozentzahl der Menschen aus der Türkei haben die AKP gewählt. Aber wir haben in der Öffentlichkeit den Eindruck: Alle Menschen aus der Türkei seien AKP-Anhänger. Entweder erkennen Sie die Realität nicht, oder Sie wollen die Opposition, die hier arbeitet, nicht sehen. Das ist nicht gerecht.

(Anhaltender Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

Zur Einflussnahme durch diese Wahlbeteiligung.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, die Redezeit.

**Arif Ünal (GRÜNE):** Wir haben hier Integrationsräte. Da dürfen alle Migrantinnen und Migranten wählen. Wir haben nach dem Betriebsverfassungsgesetz seit Jahren in Betriebsräten Wahlrecht für diese Menschen. Bis jetzt habe ich eigentlich sowohl bei den Integrationsräten als auch bei den Betriebsräten keine AKP-Anhänger in dem Sinne gesehen.

(Zuruf: Nein!)

Das ist auch eine Unterstellung. Es gibt einzelne Leute, aber wir können das Wahlrecht nicht vom Wahlverhalten einzelner Menschen abhängig machen. Das ist ein Menschenrecht. Das müssen wir diesen Menschen geben.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

Wenn Demokratie so verstanden wird, hätte ich auch ein paar Vorschläge, wie wir in der Bundesrepublik mit dem Wahlrecht umgehen könnten. Aber Demokratie ist schwierig. Wahlrecht ist Menschenrecht. Das können wir davon nicht abhängig machen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Ünal. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Lindner.

**Christian Lindner (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Landtagsfraktion lehnt den Gesetzentwurf erstens aus verfassungsrechtlichen Bedenken ab. Die Wahlrechtsgrundsätze sind in unserer Verfassung geregelt. Die Hürde zu ihrer Änderung liegt hoch, und zwar zu Recht. Denn die Wahlrechtsgrundsätze und die Akzeptanz der repräsentativen Demokratie sind für ein friedliches Zusammenleben der staatlichen Gemeinschaft entscheidend.

Wir haben es Ihnen im Hauptausschuss in diesem Hause über lange Zeit während der Beratungen immer wieder gesagt: Der Landtag kann nicht ohne Änderung des Grundgesetzes das beschließen, was Sie hier beabsichtigen.

(Zuruf: So ist es! – Beifall von der FDP)

Herr Körfges, Sie selbst haben hier Bezug genommen auf eine rot-grüne, von der FDP seinerzeit sogar unterstützte Initiative im Landtag Niedersachsen. Was Sie nicht gesagt haben, war, dass das keine Gesetzesänderung war, sondern lediglich eine gemeinsame Initiative auf Bundesratsinitiative zur Änderung des Grundgesetzes. Daran hätten Sie sich orientieren sollen, statt hier einen Alleingang zu machen.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Beer zulassen?

**Christian Lindner (FDP):** Nein, erst wenn ich mit meiner Argumentation zu Ende bin.

Meine Damen und Herren, das Wahlrecht darf kein Spielball parteipolitischer Einzelinteressen sein, ...

(Michele Marsching [PIRATEN]: Das ist ein sehr guter Satz!)

... weil es einen Beitrag leisten muss zur Befriedung der Gesellschaft. Deshalb war es verantwortungslos, dass SPD, Grüne und Piraten ohne den Konsens mit CDU und FDP überhaupt eine solche Initiative hier ergriffen haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Körfges zulassen?

**Christian Lindner (FDP):** Herr Körfges, bitte.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Bitte schön.

**Hans-Willi Körfges**\* (SPD): Ich bedanke mich ganz herzlich für die Möglichkeit, eine Zwischenfrage stellen zu dürfen, und frage nach Niedersachsen: Bedeutet Ihre Ausführung zum Stimmverhalten der FDP Niedersachsen, dass Sie prinzipiell nach wie vor als FDP die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Migrantinnen und Migranten begrüßen?

**Christian Lindner** (FDP): Das erklärt sich jetzt durch meinen zweiten Punkt, den ich dartun will. Denn die Entscheidung im Landtag Niedersachsen war Mitte 2015, also vor der Migrationswelle und dem, was wir danach Flüchtlingskrise genannt haben.

(Weitere Zurufe von der SPD)

– Warten Sie doch einfach das Argument mal ab! Sie können es danach bewerten.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, Frau Beer hat sich wieder gemeldet.

**Christian Lindner** (FDP): Nein, ich möchte jetzt mein zweites Argument darlegen, weil man gesehen hat, dass es Herrn Körfges interessiert.

Das erste Argument, Herr Kollege, war das verfassungsrechtliche. Wir lehnen diesen Gesetzentwurf aus migrations- und gesellschaftspolitischen Gründen ab. Wir wollen Integration und aktive Teilhabe. Wir begrüßen das Engagement von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Vereinen und Verbänden – übrigens auch in Parteien und Integrationsräten –, und seit vielen Jahren war die FDP auch für ein Wahlrecht für Drittstaatenangehörige. Herr Körfges, Sie haben am gestrigen Tag noch mal auf unser Wahlprogramm aus dem Jahr 2013 hingewiesen. Wir reden über eine Bundesratsinitiative aus Niedersachsen aus dem Jahr 2015, Mitte des Jahres.

Seitdem aber hat sich die Lage in Deutschland für jeden sichtbar

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

deutlich verändert. Wir hatten eine Migrationswelle, die unseren Staat bis an den Rand des Organisationsversagens gebracht hat, und bis heute haben wir keine klare Regelung der Einwanderung.

(Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Wir haben immer noch keine Kontrolle durch ein Einwanderungsgesetz. Das hätten Sie vorher mal machen sollen!

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben unterdessen Sorgen hinsichtlich der Integration und Integrationsbereitschaft bei einem Teil

der Menschen mit Migrationshintergrund, die hier leben.

(Michael Hübner [SPD]: Unsinn!)

Und wir sind in einer Situation – das müssen Sie doch auch wahrnehmen! –, dass in unserem Land ein Kulturkampf droht zwischen denjenigen, die Welt-offenheit wollen, und denen, die für Abschottung plädieren.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Oh Gott! – Michael Hübner [SPD]: Das kann doch nicht sein! – Torsten Sommer [PIRATEN]: Brandstifter!)

In einer solchen Lage – keine Ordnung bei der Einwanderung, ungeklärte Fragen bei der Integration und politisch-kulturelle Irritation – diesen Gesetzentwurf vorzulegen, zeigt, dass Sie sich von den Realitäten im Land vollständig abgekoppelt haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Mit Verlaub, Kollege Körfges, ausgerechnet die SPD, die sich durch die Agenda 2010 und ihre Ergebnisse bestätigt fühlen könnte, macht eine Rolle rückwärts – ausgerechnet die SPD, die über Jahre in der Arbeitsmarktpolitik dazu gestanden hat und jetzt unter Martin Schulz nichts mehr davon wissen will.

(Zurufe von der SPD)

Ausgerechnet von dieser SPD lassen wir uns keine Lektion in Prinzipientreue erteilen, Herr Körfges! Ausgerechnet!

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Wir haben für die Neubewertung unserer Position in dieser Frage bessere Argumente als Sie für Ihre neue Arbeitsmarktpolitik.

(Zurufe von der SPD – Michael Hübner [SPD]: Wahlrecht! Alles Abseits!)

– Sie sind aber sehr nervös, Kollegen. – Ich will einen Satz sagen: Unsere Ablehnung dieses Gesetzentwurfs folgt ...

(Torsten Sommer [PIRATEN]: Es ist ja schön, wenn Sie das Tarifreue- und Vergabegesetz auch noch einbringen können oder newPark! Der würde auch gut passen! – Gegenruf Christof Rasche [FDP]: Qualifizierte Zwischenrufe!)

– Das wollen Sie mir aber nicht auf die Redezeit anrechnen.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, dass der Kollege Lindner seine Ausführungen weiterführen kann.

**Christian Lindner** (FDP): Meine Güte, was ist das hier für eine Nervosität im Haus! Ihr habt doch alle gleich noch Redezeit und könnt noch darauf eingehen. Aber ihr müsst die Argumente aushalten, auch wenn sie euch nicht gefallen.

(Beifall von der FDP – Michele Marsching [PIRATEN]: Welche Argumente? Gibt es auch Argumente zum Thema?)

Ich muss noch einen Gedanken vortragen, weil ich mich ausdrücklich distanzieren will ...

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Könnt ihr nicht einfach mal kurz zuhören? Ist das nicht möglich? Was geben wir für ein Beispiel an Parlamentarismus ab, wenn die Grünen über den kernigen Zwischenruf hinaus permanent dazwischenquatschen, statt meine Argumente zu hören. Manno-mann!

(Beifall von der FDP – Zurufe)

Mir liegt wirklich daran, noch einen Punkt vorzutragen, weil sich meine Fraktion ausdrücklich von der Ablehnung dieses Gesetzentwurfs seitens der CDU differenzieren will. Ich halte es für falsch, aus dem Drittstaatenwahlrecht sozusagen eine Lex Türkei zu machen und zu befürchten, dass dann überall die AKP- und Erdogan-Vertreter in den Räten sitzen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich appelliere an die CDU, dieses Argument nicht weiter zu verwenden, weil es die Gefahr der Pauschalierung und Diskriminierung in sich trägt.

(Beifall von der FDP, der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, Ihre Redezeit.

**Christian Lindner** (FDP): Wir haben doch die Situation, dass sich ein Teil der türkeistämmigen Menschen auch nach Jahrzehnten noch nicht bei uns zu Hause fühlt. Das hängt auch mit solchen Argumenten zusammen,

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

die deshalb aus dem Verkehr gezogen werden müssen.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, ich muss einfach auf die Redezeit hinweisen.

**Christian Lindner** (FDP): Ja, aber ich habe gerade eine Minute durch die Zwischenrufe verloren.

(Lachen von den GRÜNEN)

Deshalb will ich noch einen Gedanken vortragen.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, es liegt noch eine Kurzintervention vor.

**Christian Lindner** (FDP): Ich komme zum Schluss. Es ist ein Ablenkungsmanöver, lieber Armin Laschet, jetzt über die Erdogan-Partei zu sprechen. Kümmert euch mal lieber darum, dass die Bundesregierung in der Frage der Auftritte türkischer Regierungsvertreter eine Linie hat, damit nicht Frau Kramp-Karrenbauer das machen muss.

(Beifall von der FDP)

Der letzte Gedanke: Das Wahlrecht ist nicht ein Instrument der Integration. Staatsangehörigkeit und Wahlrecht sind die Krönung der Integration; aber dann muss man auch die doppelte Staatsangehörigkeit zulassen, wenn man tatsächlich will, dass mehr Menschen davon Gebrauch machen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege Lindner, Sie haben die Redezeit deutlich überzogen. Das ist ungewöhnlich, das in dieser Form zu machen. Darauf möchte ich schon hinweisen. Aber der Kollege von der SPD hat auch deutlich überzogen, von daher gibt es heute einen gewissen Ausgleich.

Es liegt eine Kurzintervention der Frau Kollegin Beer von der Fraktion der Grünen vor, der ich das Wort gebe.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Überraschend!)

**Sigrid Beer** (GRÜNE): Danke schön. – Das war wohl auch zu erwarten; Herr Lindner hat sicherlich damit gerechnet.

(Christian Lindner [FDP]: Na klar!)

Nach dem Wackelkurs, den Sie gerade hingelegt haben, die Rede mit einem populistischen Zu-Felde-Ziehen gegen die Flüchtlingskrise zu beginnen, sich aber hinterher wieder zu Recht gegen die Pauschalierung in Bezug auf Migrantinnen und Migranten zu verwahren, ist genau das die Dialektik, die Sie in allen Auftritten hinzulegen versuchen: Sie befeuern zuerst die Vorurteile und Pauschalierungen und versuchen hinterher, es wieder einzusammeln. Das ist in dieser Rede sehr deutlich geworden.

Ich will noch mal darauf hinweisen, dass auch die Kommunalpolitische Vereinigung der FDP in der Anhörung im Ausschuss für Kommunalpolitik genau ihren Wunsch nach einem Ausländerwahlrecht noch mal in diesem Hause bekräftigt und auch eingebracht hat.

Und die Kollegen in den Niederlanden und in Dänemark – Sie verweisen ja gerne darauf, dass es da einen rechtsliberalen Ministerpräsidenten gibt – erlauben auch das Ausländerwahlrecht. Warum ist das hier in den Schrittgängen nicht genauso möglich? Warum entziehen Sie sich diesem Antrag? Und warum machen Sie genau diese Dialektik, auf der einen Seite Pauschalisierungen zu befördern und negative Argumente zu bewegen, um dann hintenherum wieder davon zu reden, dass man doch differenzieren müsse?

Das ist ein Wackelkurs, und das hilft der Demokratie auch nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Bitte schön, Herr Kollege Lindner.

**Christian Lindner (FDP):** Frau Kollegin Beer, ich habe ja erstens dargelegt, welche verfassungsrechtlichen Bedenken wir haben. Das kann für Sie keine Überraschung sein, weil wir diese regelmäßig im Hauptausschuss vorgetragen haben.

Zweitens habe ich Ihnen geschildert, dass wir in Deutschland nach unserer Überzeugung bislang keine klare Strategie zur Einwanderung verfolgen, dass wir Bedenken hinsichtlich der Integrationsbereitschaft haben und dass deshalb andere Dinge geklärt werden müssen, bevor wir darüber nachdenken.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Seit fünf Jahren!)

Ich will Ihnen aber ganz klar noch abschließend sagen: Ich habe ein anderes Leitbild als Sie. Herr Kollege Ünal hat eben gesagt, Wahlrecht sei ein Menschenrecht. Ich finde, es ist zunächst einmal ein Bürgerrecht. Deshalb muss es das Ziel sein, dass die deutsche Staatsbürgerschaft als Krönung der Integration angesehen wird.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Sie fordern das seit fünf Jahren!)

Wer lange hier bleibt und sich trotz der Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit gegen die deutsche Staatsangehörigkeit entscheidet, der dokumentiert damit auch ein Stück weit seine Auffassung, wie er sich in diesem Land integrieren will und welche Teilhabemöglichkeiten er wahrnehmen möchte und welche eben nicht.

(Beifall von der FDP – Sigrid Beer [GRÜNE]:  
Dann wissen Sie Biografie nicht zu würdigen!)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Marsching.

**Michele Marsching (PIRATEN):** Vielen Dank, Herr Präsident! – Es ist schon ein bisschen ungewöhnlich, von einem Liberalen zu hören, Wahlrecht sei ein Bürgerrecht. – Wahlrecht ist ein Grundrecht, Wahlrecht ist ein Menschenrecht, und jeder, der liberal denkt, müsste doch dieser These zustimmen. – Ich verstehe einfach nicht, wie man sagen kann: Wir sind nicht mutig, wir trauen uns hier nicht, über das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer zu reden.

Ich wollte mich eigentlich an der FDP und an der CDU abarbeiten. Das haben jetzt schon die Kollegen von SPD und Grünen getan; das muss ich nicht mehr machen. Es wurde gesagt, die FDP sei bis vor zwei Jahren noch dafür gewesen, auf einmal sei sie dagegen. Ja, ich erkenne an, dass Sie hier auf der Wiese gestanden und bei der Demonstration der Integrationsräte gesagt haben: Was wir brauchen, ist eine Gesetzesänderung im Bund. – Ein bisschen machen Sie sich da ja gemein mit der CDU. Auch der Kollege Laschet hat gerade gesagt: Das ist verfassungswidrig, wir müssen das Grundgesetz ändern.

Erstens. Herr Kollege Laschet, Ihre Partei sitzt im Bund an der Regierung; dann ändern Sie doch das Grundgesetz, wenn Sie das wirklich wollen! Und dann kümmern Sie sich darum, dass wir das in Nordrhein-Westfalen ohne Bedenken können.

Zweitens. Es ist ein scheinheiliges Argument, zu sagen: Wer hier wohnt und hier wählen will, der sollte sich, verdammt noch, mal einbürgern lassen denn damit werden die Räte vor AKP-Anhängern geschützt. – Sehr geehrter Kollege Laschet, ich schreibe Ihnen einen einzigen Satz in Ihr Stammbuch: Die Staatsangehörigkeit schützt vor Erdowahn nicht. Und jeder, der hier in den Rat will, der lässt sich einbürgern und unterstützt trotzdem Erdogan in der Türkei. Wo ist denn das Problem? Dieses Argument ist absolut null und nichtig. Und das ist Ihr einziges Argument.

(Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kollege Lindner, wir haben nicht im Hauptausschuss darüber geredet, sondern in der Verfassungskommission; ist aber egal. Das sind so Feinheiten; die muss man nicht wissen.

(Christian Lindner [FDP]: Auch im Hauptausschuss!)

– Ja, es gab eine Sitzung im Hauptausschuss, bevor wir das wieder hier ins Plenum gebracht haben. – Sie haben von langen Beratungen geredet. Na ja!

Beide – CDU und FDP – sagen doch, die Gesetzesänderung sei verfassungswidrig, und Sie sagen das mit dem Brustton der Überzeugung. Wir haben aber genau zu diesem Punkt in der Verfassungskommission eine Anhörung gehabt, und in dieser Anhörung wurde das eben nicht bestätigt. Da wurde gesagt,

dass das Urteil von 1990 heute komplett anders ausfallen könnte und dass man deswegen auch durchaus den Schritt wagen könnte, dieses Wahlrecht durch ein Länderparlament zu gewähren, damit sich das Bundesverfassungsgericht damit eben noch einmal beschäftigen kann.

(Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRÜNEN – Torsten Sommer [PIRATEN]: Die Zeiten ändern sich halt!)

Ich kann das nur wiederholen. Das Zitat lautet „Seien Sie mutig“. Aber ich habe selten eine Truppe gesehen, die so wenig Mut hat wie die, die hier auf der rechten Seite sitzt.

(Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen – um auch mal die Statistik zu bemühen – knapp 18 Millionen Einwohner. 2,3 Millionen davon – das sind ca. 13 % – haben eine ausländische Staatsbürgerschaft. Davon sind 505.531 Türken; Stand: Mitte Juni letzten Jahres. Übrigens sind in der Zahl die im Jahr 2015 Zugewanderten schon enthalten.

Knapp 1,4 Millionen der hier wohnenden Ausländer leben länger als acht Jahre in NRW. 914.934 Ausländer – das sind etwas über 40 % – leben länger als 20 Jahre in Nordrhein-Westfalen. Und Sie sagen: „Die wollen sich hier nicht integrieren“? Und Sie stempeln die alle zu AKP-Anhängern ab. – Das ist ein so scheinheiliges Argument, da weiß ich nicht mehr, wo vorne und wo hinten ist!

(Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRÜNEN)

Sie benutzen aktuelle innertürkische politische Ereignisse – das sagen Sie der Presse; ich habe es heute Morgen der Presse entnehmen müssen – als Argument gegen ein Ausländerwahlrecht, über das schon seit 30 Jahren diskutiert wird. Wahlrecht ist ein Grundrecht, und Wahlrecht darf nicht von tagesaktuellen politischen Ereignissen abhängen. Wo kämen wir denn da hin, wenn man sagt: „Es gibt jetzt Studentenproteste; wir entziehen jetzt allen Studenten mal das Wahlrecht“? Was ist denn das für eine Logik, zu sagen: „Weil heute in dem einem Land etwas Bestimmtes passiert, geben wir den Menschen in dem anderen Land eben kein Wahlrecht“! Das ist ein absolutes Un-Argument!

(Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRÜNEN)

Ich komme zum letzten Punkt. Gerade habe ich die Zahl genannt: 40 % der hier wohnenden Ausländer leben hier länger als 20 Jahre. Wir unterstützen die Initiative „HIER wo ich lebe, will ich wählen!“. Wir reden nicht über ein Bundestags- oder ein Landtagswahlrecht, sondern über das kommunale Wahlrecht.

Wo die Menschen leben, wo sie ihre Steuern bezahlen, wo sie über die Straße fahren und wo über den Poller in der Straße im Stadtrat abgestimmt wird, da wollen wir den Menschen das Wahlrecht geben – und nicht mehr. Das wäre eine sehr kleine Änderung, die so viel bewirken könnte!

Mein Wunsch wäre, dass wir die Integrationsräte nicht mehr brauchen und dass wir sie mit dem heutigen Tag abschaffen. Denn die Integrationsräte brauchen wir nur deswegen, weil die ...

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, es liegt eine Zwischenfrage des Kollegen Schatz vor. Würden Sie die zulassen?

**Michele Marsching** (PIRATEN): Wenn ich meinen Satz eben zu Ende führen darf.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Ja, aber Sie haben die Zeit auch schon überschritten. Ich bitte Sie, sich kurz zu fassen. Ich bin heute großzügig. Es handelt sich um eine besondere Situation. Das gilt für andere Fraktionen auch. Trotzdem haben Sie die Redezeit schon überschritten.

**Michele Marsching** (PIRATEN): Dann bitte die Zwischenfrage. Danach werde ich zu meinen letzten Ausführungen kommen.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Bitte schön, Herr Kollege Schatz.

**Dietmar Schulz** (fraktionslos): Nein, der Kollege Schulz. – Das macht aber nichts!

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Das bekommt man hier nicht immer so mit.

**Dietmar Schulz** (fraktionslos): Kein Problem, Herr Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Marsching, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Sie hatten gerade ausgeführt, dass es sich bei dem von SPD, Grünen und Piraten eingebrachten Gesetzentwurf nicht um eine Lex Türkei, wie es schon im Rahmen der Debatte erwähnt wurde, handelt, sondern dass es insgesamt ein Integrationsbestandteil ist.

(Nadja Lüders [SPD]: Hä?)

Können Sie sich erklären, wieso die Tagesordnung in der Form geändert wurde, vor allem wenn man bedenkt, dass der Antrag bezogen auf die Türkei-Situation – NRW steht für Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie – nunmehr auf den Plenartag nach der heutigen Debatte um die Verfassungsänderung auf die

Tagesordnung gesetzt wird? Da wird nämlich ausdrücklich erwähnt, dass gerade Nordrhein-Westfalen das Land sei, in dem Menschen mit Wurzeln in der Türkei seit Jahrzehnten umfassend in die Gesellschaft integriert seien. Weil das so ist – übernächster Satz – ...

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, Sie müssen eine Frage stellen.

**Dietmar Schulz** (fraktionslos): Das gehört zur Frage dazu. – Da heißt es: Sie gehören zu uns, und deshalb setzen wir uns dafür ein, dass sie auch ein kommunales Wahlrecht erhalten. – Wie passt das zu Ihrer Argumentation?

(Torsten Sommer [PIRATEN]: Viel Spaß!)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Bitte schön, Herr Kollege.

**Michele Marsching**<sup>1)</sup> (PIRATEN): Wenn ich die Frage richtig verstanden habe, lautet sie: Wie kommt es dazu, dass die Tagesordnungspunkte getauscht wurden?

(Heiterkeit von den PIRATEN und der SPD)

– Das war die Frage am Anfang, tut mir leid.

(Daniel Düngel [PIRATEN]: Man weiß es nicht!)

Das kann ich beantworten. Dazu kam es, weil wir, die Redner, dem zugestimmt haben; denn es geht beim kommunalen Ausländerwahlrecht eben nicht um die Türkei.

(Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRÜNEN)

Diese beiden Tagesordnungspunkte sind für mich klar voneinander zu trennen. Deswegen habe ich dieser Änderung zugestimmt.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Es gibt noch eine Frage von Frau Beer. Damit ist gleichzeitig die Redezeit beendet. – Bitte schön, Frau Kollegin Beer.

**Sigrid Beer** (GRÜNE): Danke schön, Herr Kollege, dass Sie das zugelassen haben. In Anknüpfung an Ihre Antwort möchte ich fragen: Stimmen Sie mir zu, dass es eine unzulässige Vermischung der Frage des kommunalen Wahlrechts mit der Frage der Flüchtlingskrise ist, wie es eben durch den Kollegen Lindner passiert ist? Denn alle sind sich mit Blick auf die Umsetzung darüber einig, dass es dann zuerst eines Aufenthalts hier in Nordrhein-Westfalen in einem zeitlichen Umfang von etwa fünf Jahren bedarf.

Genau diese Forderung hat die FDP noch 2013 in diesem Haus mitvertreten.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Bitte schön, Herr Kollege Marsching.

**Michele Marsching**<sup>1)</sup> (PIRATEN): Frau Kollegin Beer, das passt sehr gut, weil mir der Präsident dann nicht meinen letzten Satz klauen muss.

Wir stehen zur Lebensmittelpunkt-Regelung. Die Flüchtlingsbewegung von 2015 nach Deutschland jetzt dazu zu benutzen zu sagen: „Wir wollen das kommunale Ausländerwahlrecht nicht, denn diese Leute wollen sich nicht integrieren, und wir haben jetzt plötzlich viel mehr Ausländer hier“, hat nichts mit diesen fünf Jahren zu tun. Das hat nichts mit der Flüchtlingsbewegung zu tun.

Ich kann es nur so verstehen, dass die FDP an ihrem rechten Rand Stimmen sammeln muss. Ansonsten würde sich ein Liberaler nicht hierinstellen und diese Argumente bringen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Marsching. – Ich möchte nur darauf hinweisen, dass Sie eben Ihre Redezeit deutlich überschritten haben. Wenn der Präsident dann eingreift, um ein bisschen Fairness auch zwischen den einzelnen Rednern herzustellen, ist es nicht angemessen, den Präsidenten zu kritisieren.

(Beifall von der CDU – Michele Marsching [PIRATEN]: Zwischenfragen zählen doch gar nicht dazu!)

Für die Landesregierung spricht in Vertretung für Herrn Minister Jäger Herr Minister Kutschaty.

**Thomas Kutschaty**, Justizminister: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir in unsere Kommunen schauen, sehen wir heute folgende Situation: Da gibt es zwei nichtdeutsche Familien, die Tür an Tür wohnen. Sie sind beide integriert. Beide sprechen die deutsche Sprache, verfügen über ein geregeltes Einkommen, über Arbeit. Die Kinder besuchen die gemeinsame Grundschule, fahren gemeinsam mit der Straßenbahn dorthin. Beide Familien zahlen Steuern, aber nur eine der beiden Familien darf darüber mitentscheiden, wie das Leben dort, wo sie leben, zukünftig gestaltet werden soll.

Nur eine Familie kann darüber entscheiden, wer ihre Interessen vor Ort, in der Kommune vertreten soll. Die andere Familie ist von dieser Entscheidung prak-

tisch abgeschnitten. Der einzige Unterschied zwischen diesen beiden Familien ist die Staatsangehörigkeit. Die eine Familie besitzt eine europäische, zum Beispiel die polnische, die andere Familie eine nichteuropäische, zum Beispiel die japanische; das kann sein, wenn sie hier in Düsseldorf wohnt.

Das sind bisher die ausschlaggebenden Kriterien, darüber zu entscheiden, ob jemand bei der Kommunalwahl auch als Nichtdeutscher mitwählen darf oder nicht.

Wahlrechtsfragen sind Grundsatzfragen der Demokratie. Darüber ist zu Recht sehr lange und sehr intensiv in der Verfassungskommission diskutiert worden. Ich halte es für sehr fatal, lieber Herr Laschet, wenn wir zulassen, dass Herr Erdogan nunmehr durch Ihre Intervention nun auch die Diskussion und die Debatte um das Wahlrecht bei uns bestimmt. Das ist schlecht für unsere Demokratie.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Integration heißt nämlich Mitmachen. Der eine Teil kommt von allein, und den anderen Teil muss man zum Mitmachen einladen. Die Hälfte der Menschen mit türkischen Wurzeln hier in Deutschland hat bereits die deutsche Staatsangehörigkeit. Genau die andere Hälfte, die noch nicht die deutsche Staatsangehörigkeit hat, müssen wir einladen.

Wenn Sie ernsthaft glauben, dass die türkischstämmigen Menschen hier weniger auf Herrn Erdogan hören, wenn wir sie nicht einladen, bei uns mitzumachen, dann irren Sie, lieber Herr Laschet.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Ich finde es viel schlimmer, wenn auf Hinterhöfen ein Bild der Türkei gezeichnet wird, das die Wirklichkeit verzerrt. Solche Glorifizierungen kommen von Ausgrenzung. Wer aber mitbestimmen darf, bringt sich ein. Das ist genau das, was auch zur Integration führen kann.

Wir haben die Sichtweise der CDU gehört. Zwei Punkte will ich herausgreifen. Erstens wollen Sie, Herr Laschet, ganz offensichtlich Menschen vom Wahlrecht ausschließen, weil sie Ihnen nicht genehme Parteien in die Stadträte wählen wollen.

Zweitens wollen Sie die Sache über mehr Einbürgerung lösen.

(Zuruf von der CDU)

Wenn Sie das einfach nur auf die Einbürgerung schieben, verkennt das aus meiner Sicht zwei ganz wichtige Umstände: Zum einen gibt es nämlich Menschen, denen die deutsche Staatsbürgerschaft schlichtweg verwehrt bleibt, solange sie beispielsweise bestimmte rechtliche Voraussetzungen nicht erfüllen.

Zum anderen gibt es auch Menschen, die sich zu einem Staat bekennen können, ohne dessen Staatsangehörigkeit anzunehmen. Denn für viele Menschen bedeutet die Einbürgerung, dass sie ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben müssen. Für die meisten bedeutet das mehr, als lediglich ein Stück Papier abzugeben. Doch das will die CDU anscheinend nicht erkennen.

Im Übrigen hätten wir es dem Problem mit den Einbürgerungen deutlich leichter, lieber Herr Laschet, wenn sich Ihre Partei nicht so deutlich gegen die doppelte Staatsangehörigkeit ausgesprochen hätte.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Sie haben ein eindeutiges Nein zum Doppelpass beschlossen, und das für alle. Das ist eine Politik, die nicht modern, sondern rückwärtsgerichtet ist. Ich bin froh, lieber Herr Laschet, dass es in Ihrer Fraktion auch Kolleginnen und Kollegen gibt, die das hier in Nordrhein-Westfalen deutlich anders sehen.

Zu Ihnen, lieber Herr Lindner: Ihre Position im Bundeswahlprogramm 2013 fand ich deutlich besser. Heute haben Sie sich bei dieser Frage liberal-flexibel gezeigt; das ist sehr bedauerlich.

Wir reden immer davon, dass wir Integration einfordern. Das ist auch richtig. Wer aber Integration einfordert, der muss an anderer Stelle auch dafür sorgen, dass sie nicht behindert wird. Im Kommunalwahlrecht können wir heute eine solche Ungerechtigkeit beseitigen. Nutzen Sie daher die Chance! – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister. Es wurde eine Kurzintervention von Herrn Schulz, fraktionslos, angemeldet. Herr Schulz, bitte schön.

**Dietmar Schulz** (fraktionslos): Vielen Dank, Herr Präsident – Herr Minister Kutschaty – heute hier in Stellvertretung für Minister Jäger sprechend –, es wundert mich sehr, dass die Landesregierung mit keinem wesentlichen Wort auf den tatsächlichen Inhalt der hier vorgelegten beabsichtigten Verfassungsänderung eingegangen ist.

Das betrifft zum einen die Frage der Verfassungsmäßigkeit dieser Änderung in Anbetracht von Art. 28 Grundgesetz, der in seinem Abs. 1 Satz 3 im Jahre 1992 infolge der Maastricht-Verträge in Bezug auf die EU-Ausländerwahlrechtsregelung in den Kommunen eine Änderung erfahren hat.

(Stefan Engstfeld [GRÜNE]: Nein, keine Änderung! Ohne Ausnahme!)

Zum anderen geht die Landesregierung hier und heute mit keinem Wort auf die in dieser Verfassungsänderung wesentliche Drittstaaten- und Wohnsitzklausel ein, die ganz klar sagt, dass wahlberechtigt auch Personen sein sollen, die die Staatsangehörigkeit eines Drittstaates besitzen, und die ihren ständigen Wohnsitz eben nicht ausschließlich in Nordrhein-Westfalen, sondern in Deutschland haben. Das wiederum kann wohl nur zu einem Wahltourismus führen, weil dadurch alle in Deutschland lebenden Nicht-EU-Ausländer in Nordrhein-Westfalen Wahlrecht genießen würden.

(Zurufe von der SPD: Die Frage!)

Würden sie dies ebenso sehen angesichts der klaren Äußerungen in diesem Gesetzentwurf und auch angesichts der Tatsache, dass in der Begründung des Gesetzentwurfs selbst nicht weiter davon die Rede ist?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Schulz. – Herr Minister, Sie haben für anderthalb Minuten das Wort.

**Thomas Kutschaty (SPD)** (in Vertretung für Minister Ralf Jäger): Sehr geehrter Herr Schulz, es geht um ein kommunales Wahlrecht für Menschen, die sich dauerhaft in einer bestimmten Kommune aufhalten. Das können Sie in den anschließenden Wahlrechtsänderungen in Gesetzen einfachgesetzlich regeln und konkretisieren. In der Verfassung können Sie nicht jedes Detail bis aufs letzte Komma formulieren. Es ist dann die weitere Aufgabe des Gesetzgebers, das in den Wahlgesetzen zu regeln.

(Dietmar Schulz [fraktionslos]: Das können wir auch direkt machen!)

Zweiter Punkt: Die Frage der verfassungsrechtliche Zulässigkeit ist sicherlich unter Juristen eine sehr spannende, auch sehr kontrovers zu führende Diskussion, und sie ist in der Verfassungskommission dieses Hauses geführt worden. Wir haben vorhin schon die Stellungnahmen der Sachverständigen aus der Verfassungskommission gehört. Diesen Stellungnahmen möchte die Landesregierung nicht widersprechen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister. Es gibt eine zweite Kurzintervention, Herr Minister; wenn Sie bitte am Pult bleiben würden. – Es ist ja gut, wenn man sich ein wenig bewegt; ich kann das einschätzen.

Herr Laschet hat sich zu Wort gemeldet und möchte kurz intervenieren. Das soll ihm möglich sein. Bitte

schön, Herr Laschet, Sie haben das Wort für anderthalb Minuten.

**Armin Laschet (CDU):** Vielen Dank. – Ich frage Sie, lieber Herr Kutschaty, ausdrücklich auch als Justizminister. Es gibt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu dem schleswig-holsteinischen Fall, wo man exakt das getan hat, was wir heute hier machen. Die Argumente lauten nun: Das war vor dem Maastricht-Urteil, und der Maastricht-Vertrag hat für die EU-Bürger kommunales Wahlrecht möglich gemacht, also würde das Bundesverfassungsgericht heute anders entscheiden. So ähnlich ist ja die Argumentation.

Für die EU-Unionsbürgerschaft, die man da gefasst hat, hat man das Grundgesetz geändert. Deshalb steht das heute auch so im Grundgesetz. Meine Frage ist: Wenn Sie es als Justizminister rechtlich für möglich halten, dass inzwischen auch ein Land über kommunales Wahlrecht beschließen kann, können Sie sich dann erklären, warum die Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten hier nicht ein normales Gesetz vorgelegt haben? Das hätten Sie sogar mit Mehrheit beschließen können, und dann hätte man diesen Vorgang vor dem Bundesverfassungsgericht klären können.

Was also ist der Grund, dass man absichtlich eine Verfassungsänderung nimmt, die gegenüber dem Bundesrecht genauso wirksam ist wie ein ganz normales Gesetz?

(Beifall von der CDU)

**Thomas Kutschaty (SPD):** Die Regelungen zum Wahlrecht sind sehr grundsätzliche Fragen. Die Gestaltung der kommunalen Daseinsvorsorge ist eine kommunale Angelegenheit, und die Gesetzgebungskompetenz, das Grundsätzliche im Bereich der Kommunen zu regeln, liegt bei einem Land.

Deswegen: Unter Kombination beider Aspekte, dass es einen wichtigen Verfassungsrang hat, wählen zu dürfen oder auch nicht wählen zu dürfen, dies aber eine kommunale Angelegenheit ist, für die das Land zuständig ist, halte ich die Landesverfassung für genau den richtigen Ort, wo man das regeln sollte.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Kutschaty. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss empfiehlt in Drucksache 16/14275 – Neudruck –, den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/13314 – Neudruck –, unverändert anzunehmen. Kommen wir also zur Abstimmung in der zweiten Lesung über den Gesetzentwurf auf

Drucksache 16/13314 – Neudruck – selbst, nicht über die Beschlussempfehlung. Ich weise noch darauf hin, dass für die Annahme des Gesetzentwurfs in zweiter Lesung gemäß § 43 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich, aber auch ausreichend ist. Das Quorum von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitglieder des Landtags gemäß Artikel 69 Abs. 2 unserer Landesverfassung ist erst für die Annahme des Gesetzentwurfs in dritter Lesung erforderlich.

Stimmen wir also in zweiter Lesung ab. Wer stimmt zu? – Piraten, SPD und Grünenfraktion sowie Herr Schwerd – fraktionslos – stimmen zu. Dagegen stimmen CDU und FDP sowie Herr Stüttgen – fraktionslos –. Herr Schulz – fraktionslos – ist auch dagegen; das hätte man von der Kurzintervention schon ableiten können. Das nehmen wir so zur Kenntnis. – Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen sind nicht zu sehen. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 16/13314 – Neudruck – in zweiter Lesung** gemäß § 43 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen **angenommen**.

Die Fraktionen haben vereinbart, nunmehr die dritte Lesung durchzuführen. Gibt es dazu Widerspruch? – Den sehe ich nicht; dann verfahren wir so.

Ich rufe die dritte Lesung des Gesetzes zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen, Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der Piraten, Drucksache 16/13314 – Neudruck –, auf. Ich darf hinweisen auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Hauptausschusses Drucksache 16/14275 – Neudruck – zur zweiten Lesung. Eine Aussprache in der dritten Lesung ist nicht vorgesehen.

Wir kommen unmittelbar zur Abstimmung. Wir stimmen ab über den Gesetzentwurf Drucksache 16/13314 – Neudruck – in der Fassung nach der zweiten Lesung. Da das Beratungsverfahren hiermit abgeschlossen wird, handelt es sich um eine Schlussabstimmung nach § 76 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung.

An dieser Stelle weise ich darauf hin, dass nach Art. 69 Abs. 2 unserer Landesverfassung für eine Verfassungsänderung die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der gesetzlichen Mitglieder des Landtags, das heißt von mindestens 158 Abgeordneten, erforderlich ist.

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben gemäß § 44 unserer Geschäftsordnung eine **namentliche Abstimmung** beantragt. Nach Abs. 2 dieses Paragraphen erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen der Abgeordneten. Die Abstimmenden haben bei Namensaufruf mit Ja oder Nein zu antworten oder zu erklären, dass Sie sich der Stimme enthalten.

Ich bitte nun Herrn Kollegen Marquardt, mit dem Namensaufruf zu beginnen. Ich bitte um Ruhe, damit wir genau hören, wie abgestimmt wird.

(Der Namensaufruf erfolgt [Abstimmungsliste siehe Anlage 1].)

Haben nun alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben? Oder gibt es noch Nachmeldungen? – Weitere Nachmeldungen sehen wir von hier aus nicht.

Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen. Das Ergebnis warten wir jetzt ab.

(Die Auszählung erfolgt.)

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Ihre Stimme abgegeben haben 217 Abgeordnete. Mit Ja stimmten 134 Abgeordnete, mit Nein stimmten 83 Abgeordnete. Keine Abgeordnete, kein Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten.

Im Einvernehmen mit den Schriftführern stelle ich gemäß § 46 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung ausdrücklich fest, dass die erforderlichen mindestens zwei Drittel der gesetzlichen Mitglieder des Landtags dem Gesetzentwurf Drucksache 16/13314 – Neudruck – in der Fassung nach der zweiten Lesung nicht zugestimmt haben. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 16/13314 – Neudruck – in dritter Lesung abgelehnt**.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich rufe auf:

### 3 Nordrhein-Westfalen braucht eine Neuausrichtung der Denkmalförderpolitik

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP

Drucksache 16/14396 – Neudruck

Die Aussprache zu diesem Antrag eröffne ich hiermit. Entgegen dem Ausdruck in der Redeliste sprechen zunächst die Antragsteller, das heißt es beginnt für die CDU Herr Kollege Uhlenberg. Anschließend spricht für die FDP Herr Ellerbrock. Die weiteren Redner sprechen in der Reihenfolge, wie es ausgeführt ist. – Herr Kollege Uhlenberg, Sie haben das Wort.

(Beifall von der CDU)

**Eckhard Uhlenberg** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Juli 2013 haben wir an dieser Stelle die Debatte über die Än-

**Anlage 1**

**Namentliche Abstimmung zu TOP 2 – Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen – Drucksache 16/13314 (Neudruck)**

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm-ent-haltung
1	Herr Abel	GRÜNE	X		
2	Herr Alda	FDP		X	
3	Frau Altenkamp	SPD	X		
4	Frau Andres	SPD	X		
5	Frau Asch	GRÜNE	X		
6	Herr Bas	GRÜNE	X		
7	Herr Bayer	PIRATEN	X		
8	Herr Becker, Andreas	SPD	X		
9	Herr Becker, Horst	GRÜNE	X		
10	Frau Beer	GRÜNE	X		
11	Frau Dr. Beisheim	GRÜNE	X		
12	Herr Bell	SPD	X		
13	Frau Benninghaus	SPD	X		
14	Herr van den Berg	SPD	X		
15	Herr Dr. Berger	CDU		X	
16	Herr Berghahn	SPD	X		
17	Herr Dr. Bergmann	CDU		X	
18	Herr Beu	GRÜNE	entschuldigt		
19	Herr Bialas	SPD	X		
20	Herr Biesenbach	CDU		X	
21	Frau Birkhahn	CDU		X	
22	Herr Bischoff	SPD	X		
23	Frau Blask	SPD	X		
24	Herr Börner	SPD	X		
25	Herr Börschel	SPD	X		
26	Freifrau von Boeselager	CDU		X	
27	Herr Bolte	GRÜNE	X		
28	Herr Bombis	FDP	abwesend		
29	Herr Prof. Dr. Bovermann	SPD	X		
30	Frau Brand	PIRATEN	X		
31	Frau Brems	GRÜNE	X		
32	Herr Brockes	FDP	entschuldigt		
33	Frau Dr. Bunse	CDU		X	
34	Herr Burkert	CDU		X	
35	Herr Busen	FDP		X	
36	Herr Dahm	SPD	X		
37	Herr Deppe	CDU		X	
38	Frau van Dinther	CDU		X	
39	Frau Dmoch-Schweren	SPD	X		
40	Frau Doppmeier	CDU	entschuldigt		
41	Herr Dudas	SPD	X		
42	Frau Düker	GRÜNE	X		
43	Herr Düngel	PIRATEN	X		

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm-ent-haltung
44	Herr Ellerbrock	FDP		X	
45	Herr Engstfeld	GRÜNE	X		
46	Frau Fasse	CDU	entschuldigt		
47	Herr Fehring	CDU		X	
48	Herr Feuß	SPD	X		
49	Herr Fortmeier	SPD	X		
50	Frau Freimuth	FDP		X	
51	Herr Fricke	PIRATEN	X		
52	Herr Ganzke	SPD	X		
53	Herr Garbrecht	SPD	X		
54	Herr Gatter	SPD	X		
55	Frau Gebauer	FDP		X	
56	Frau Gebhard	SPD	X		
57	Herr Geyer	SPD	X		
58	Frau Gödecke	SPD	X		
59	Herr Goldmann	GRÜNE	X		
60	Herr Golland	CDU		X	
61	Frau Grochowiak-Schmieding	GRÜNE	X		
62	Herr Große Brömer	SPD	X		
63	Herr von Grünberg	SPD	abwesend		
64	Herr Grunendahl	CDU	entschuldigt		
65	Frau Güler	CDU		X	
66	Herr Haardt	CDU		X	
67	Herr Dr. Hachen	CDU		X	
68	Frau Hack	SPD	X		
69	Herr Hafke	FDP		X	
70	Frau Hammelrath, Gabriele	SPD	X		
71	Frau Hammelrath, Helene	SPD	X		
72	Frau Hanses	GRÜNE	X		
73	Herr Hausmann	CDU		X	
74	Herr Hegemann	CDU		X	
75	Herr Heinrichs	SPD	X		
76	Frau Hendricks	SPD	X		
77	Herr Hendriks	CDU		X	
78	Herr Herrmann	PIRATEN	X		
79	Herr Herter	SPD	X		
80	Herr Hilser	SPD	X		
81	Herr Höne	FDP		X	
82	Herr Hovenjürgen	CDU		X	
83	Frau Howe	SPD	X		
84	Herr Hübner	SPD	X		
85	Herr Jäger	SPD	entschuldigt		
86	Herr Jahl	SPD	X		
87	Frau Jansen	SPD	X		
88	Herr Jörg	SPD	X		
89	Herr Jostmeier	CDU		X	
90	Herr Kämmerling	SPD	X		
91	Herr Kaiser	CDU		X	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm-ent-haltung
92	Herr Kamieth	CDU		X	
93	Herr Dr. Kerbein	FDP		X	
94	Herr Kerkhoff	CDU		X	
95	Herr Kern, Nicolaus	PIRATEN	X		
96	Herr Kern, Walter	CDU		X	
97	Herr Keymis	GRÜNE	X		
98	Frau Kieninger	SPD	X		
99	Herr Klocke	GRÜNE	X		
100	Frau Klöpffer	CDU		X	
101	Herr Körfges	SPD	X		
102	Frau Kopp-Herr	SPD	X		
103	Frau Korte	CDU		X	
104	Frau Koschorreck	SPD	X		
105	Herr Kossiski	SPD	entschuldigt		
106	Frau Kraft	SPD	X		
107	Herr Kramer	SPD	entschuldigt		
108	Herr Krick	SPD	X		
109	Herr Krückel	CDU		X	
110	Herr Krüger	GRÜNE	X		
111	Herr Kruse	CDU	entschuldigt		
112	Herr Kuper	CDU		X	
113	Herr Kutschaty	SPD	X		
114	Herr Lamla	PIRATEN	X		
115	Herr Laschet	CDU		X	
116	Herr Lienenkämper	CDU		X	
117	Herr Lindner	FDP		X	
118	Herr Löcker	SPD	X		
119	Herr Lohn	CDU		X	
120	Frau Lück	SPD	X		
121	Frau Lüders	SPD	X		
122	Herr Lürbke	FDP	entschuldigt		
123	Frau Lux	SPD	X		
124	Frau Maaßen	GRÜNE	X		
125	Herr Dr. Maelzer	SPD	X		
126	Herr Markert	GRÜNE	X		
127	Herr Marquardt	SPD	X		
128	Herr Marsching	PIRATEN	X		
129	Herr Meesters	SPD	X		
130	Frau Middendorf	CDU		X	
131	Frau Milz	CDU		X	
132	Herr Möbius	CDU		X	
133	Herr Moritz	CDU		X	
134	Herr Mostofizadeh	GRÜNE	X		
135	Herr Müller, Hans-Peter	SPD	X		
136	Herr Müller, Holger	CDU		X	
137	Frau Müller-Witt	SPD	X		
138	Herr Münchow	SPD	X		
139	Herr Münstermann	SPD	X		

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm-ent-haltung
140	Herr Nettekoven	CDU	entschuldigt		
141	Herr Nettelstroth	CDU		X	
142	Herr Neumann	SPD	X		
143	Herr Nüchel	FDP		X	
144	Herr Olejak	PIRATEN	X		
145	Herr Dr. Optendrenk	CDU		X	
146	Herr Ortgies	CDU	entschuldigt		
147	Herr Ott	SPD	X		
148	Herr Dr. Papke	FDP		X	
149	Herr Dr. Paul, Joachim	PIRATEN	X		
150	Frau Paul, Josefine	GRÜNE	X		
151	Frau Philipp	SPD	X		
152	Frau Pieper	PIRATEN	X		
153	Herr Post	CDU		X	
154	Herr Preuß	CDU		X	
155	Frau Preuß-Buchholz	SPD	X		
156	Herr Priggen	GRÜNE	X		
157	Herr Rahe	SPD	X		
158	Herr Rasche	FDP		X	
159	Herr Rehbaum	CDU		X	
160	Herr Rickfelder	CDU		X	
161	Herr Römer	SPD	X		
162	Herr Rohwedder	PIRATEN	X		
163	Herr Rüße	GRÜNE	X		
164	Frau Ruhkemper	SPD	X		
165	Frau Rydlewski	PIRATEN	entschuldigt		
166	Frau Schäfer, Ute	SPD	X		
167	Frau Schäfer, Verena	GRÜNE	X		
168	Frau Scharrenbach	CDU		X	
169	Herr Schatz	PIRATEN	abwesend		
170	Herr Scheffler	SPD	abwesend		
171	Herr Schemmer	CDU		X	
172	Herr Schick	CDU		X	
173	Herr Schittges	CDU		X	
174	Herr Schlömer	SPD	X		
175	Herr Schmalenbach	PIRATEN	X		
176	Herr Schmeltzer	SPD	entschuldigt		
177	Frau Schmitt-Promny	GRÜNE	X		
178	Herr Schmitz, Hendrik	CDU		X	
179	Frau Schmitz, Ingola Stefanie	FDP		X	
180	Herr Schneider, Guntram	SPD	X		
181	Herr Schneider, René	SPD	X		
182	Frau Schneider, Susanne	FDP		X	
183	Herr Schultheis	SPD	X		
184	Herr Schulz	fraktionslos		X	
185	Frau Schulze	SPD	X		
186	Frau Schulze Föcking	CDU		X	
187	Herr Schwerd	fraktionslos	X		

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm-ent-haltung
188	Herr Seel	CDU		X	
189	Frau Dr. Seidl	GRÜNE	X		
190	Herr Sieveke	CDU		X	
191	Herr Solf	CDU		X	
192	Herr Sommer	PIRATEN	X		
193	Frau Spanier-Oppermann	SPD	abwesend		
194	Herr Spiecker	CDU		X	
195	Herr Dr. Stamp	FDP		X	
196	Herr Stein	CDU		X	
197	Frau Steininger-Bludau	SPD	X		
198	Frau Steinmann	SPD	entschuldigt		
199	Herr Prof. Dr.Dr. Sternberg	CDU		X	
200	Herr Stinka	SPD	X		
201	Herr Stotko	SPD	X		
202	Frau Stotz	SPD	X		
203	Herr Stüttgen	fraktionslos		X	
204	Herr Sundermann	SPD	X		
205	Herr Tenhumberg	CDU		X	
206	Herr Terhaag	FDP		X	
207	Herr Thiel	SPD	X		
208	Frau Thönnissen	CDU		X	
209	Frau Tillmann	SPD	X		
210	Herr Töns	SPD	X		
211	Herr Tüttenberg	SPD	X		
212	Herr Ünal	GRÜNE	X		
213	Herr Uhlenberg	CDU		X	
214	Frau Velte	GRÜNE	X		
215	Herr Vogt, Alexander	SPD	X		
216	Frau Vogt, Petra	CDU		X	
217	Frau Voigt-Küppers	SPD	X		
218	Frau Voßeler	CDU		X	
219	Herr Vossemer	CDU		X	
220	Frau Wagener	SPD	X		
221	Frau Warden	SPD	X		
222	Frau Watermann-Krass	SPD	X		
223	Herr Weckmann	SPD	X		
224	Herr Wedel	FDP		X	
225	Herr Wegner	PIRATEN	X		
226	Herr Weiß	SPD	X		
227	Herr Weske	SPD	X		
228	Herr Wirtz, Axel	CDU		X	
229	Herr Wirtz, Josef	CDU		X	
230	Herr Witzel	FDP		X	
231	Herr Dr. Wolf, Ingo	FDP		X	
232	Herr Wolf, Sven	SPD	X		
233	Herr Wüst	CDU		X	
234	Herr Yetim	SPD	X		
235	Herr Yüksel	SPD	X		

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
236	Frau Zentis	GRÜNE	X		
237	Herr Zimkeit	SPD	X		
	<b>Ergebnis</b>		<b>134</b>	<b>83</b>	<b>0</b>

**Anlage 2**

**Namentliche Abstimmung zu TOP 5 – Volksinitiative gem. Artikel 67a der Landesverfassung: Volksinitiative für ein ideologiefreies, praxisgerechtes Jagdrecht in NRW – Drucksache 16/13745 – BB 16/14420**

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm-ent-haltung
1	Herr Abel	GRÜNE	X		
2	Herr Alda	FDP		X	
3	Frau Altenkamp	SPD	X		
4	Frau Andres	SPD	X		
5	Frau Asch	GRÜNE	X		
6	Herr Bas	GRÜNE	X		
7	Herr Bayer	PIRATEN	X		
8	Herr Becker, Andreas	SPD	X		
9	Herr Becker, Horst	GRÜNE	X		
10	Frau Beer	GRÜNE	X		
11	Frau Dr. Beisheim	GRÜNE	X		
12	Herr Bell	SPD	X		
13	Frau Benninghaus	SPD	X		
14	Herr van den Berg	SPD	X		
15	Herr Dr. Berger	CDU		X	
16	Herr Berghahn	SPD	X		
17	Herr Dr. Bergmann	CDU		X	
18	Herr Beu	GRÜNE			entschuldigt
19	Herr Bialas	SPD	X		
20	Herr Biesenbach	CDU			entschuldigt
21	Frau Birkhahn	CDU		X	
22	Herr Bischoff	SPD	X		
23	Frau Blask	SPD	X		
24	Herr Börner	SPD	X		
25	Herr Börschel	SPD	X		
26	Freifrau von Boeselager	CDU		X	
27	Herr Bolte	GRÜNE	X		
28	Herr Bombis	FDP		X	
29	Herr Prof. Dr. Bovermann	SPD	X		
30	Frau Brand	PIRATEN			X
31	Frau Brems	GRÜNE	X		
32	Herr Brockes	FDP			entschuldigt
33	Frau Dr. Bunse	CDU		X	
34	Herr Burkert	CDU		X	
35	Herr Busen	FDP		X	
36	Herr Dahm	SPD	X		
37	Herr Deppe	CDU		X	
38	Frau van Dinther	CDU		X	
39	Frau Dmoch-Schweren	SPD	X		
40	Frau Doppmeier	CDU			entschuldigt
41	Herr Dudas	SPD	X		
42	Frau Düker	GRÜNE	X		
43	Herr Düngel	PIRATEN		X	

